



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Weltspiegel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Weltspiegel

Die Genfer Völkerbundsversammlung. „Hinter dem letzten Berg,“ heißt es von dem Helden eines kaukasischen Märchens, „traf er einen Greis mit schneeweißem Bart, der saß da und nähte die Spalten im Wege zusammen, die sich von der Hitze gebildet hatten. „Sei gegrüßt, Alter; möge dir dein Werk nicht gelingen,“ sagte der Reiter. „Sei auch du gegrüßt, mein Sohn, möge auch dein Werk nicht gelingen,“ antwortete der Greis.“

So etwa sprechen auch ein großer Teil von Deutschlands öffentlicher Meinung und die Vorkämpfer des Völkerbundes miteinander. Aber ein noch größerer Teil dieser öffentlichen Meinung weiß überhaupt nicht, was er sagen soll. Und doch ist notwendig, daß jeder einzelne sich über die ideelle und politische Bedeutung des Völkerbundesproblems klar werde. Es genügt nicht, einfach zu sagen, der Völkerbund ist eine Utopie. Auch Utopien haben Wirkungen. Es genügt nicht zu sagen, er ist ein Feindbund, mit dem wir nichts zu tun haben wollen, Vogelstraußpolitik ist von jeher die schlimmste gewesen. Es genügt auch nicht, darauf hinzuweisen, daß die Genfer Verhandlungen wenig oder gar keine praktischen Ergebnisse gezeitigt hätten und daher gleichgültig wären. Wo bedeutende Staatsmänner aus aller Welt wochenlang zusammenkommen, sind irgendwelche Ergebnisse unvermeidlich — schon das gegenseitige offizielle und inoffizielle Kennenlernen ist wichtig —, und auf alle Fälle bieten derartige Verhandlungen, selbst wenn sie wie in Genf unter Ausbietung vieler diplomatischer Geschicklichkeit sorgfältig für die Öffentlichkeit arrangiert sind, einen sehr beachtenswerten Gradmesser der derzeitigen politischen Machtverhältnisse.

Um jeder Mißdeutung von seiten vorschnell Urteilender auszuweichen, muß ich die persönliche Bemerkung vorausschicken, daß ich für meinen Teil weder an die Möglichkeit eines Völkerfriedens im allgemeinen, noch an die ideale Beschaffenheit des bestehenden Völkerbundes glaube oder jemals geglaubt habe. Ich halte den Völkerbund nicht einmal für wünschenswert und glaube nicht, daß ein aufstehendes Volk ihn überhaupt für wünschenswert halten kann, da er, in seiner jetzigen Form sicher, in irgendeiner Form, falls er wirklich alle Völker umfaßt, wohl immer, den status quo verewigt. Dennoch halte ich die eingangs gekennzeichnete Stellungnahme zum Problem für unrichtig, da es eine unpolitische Stellungnahme ist und da sie auf Deutschland ein zweideutiges Licht wirft.

Zunächst ist zu scheiden zwischen der idealen Konzeption und der politischen Verwirklichung. Daß ein wahrer Völkerbund eine große und erhabene Idee ist, wer wollte das leugnen? Daß er sich nicht verwirklichen läßt, würde an sich nicht gegen ihn sprechen, das liegt in der Natur aller Ideale. Auch das Christentum ist bespöttelt und angezweifelt worden, auch das Christentum ist in seinen letzten Konsequenzen auf Erden resillos vielleicht nicht durchführbar, auch christliche Tendenzen haben nachweislich Kräfte, die von andern für lebenswichtig und notwendig gehalten werden, zersetzt und geschwächt, auch die Form, in der das Christentum sich, in der Kirche, realisiert hat, weist Mängel auf. Dennoch hat die Idee des Christentums die Welt umgestaltet. Warum nicht auch die des Völkerbundes? Nichts ist würdeloser als das grundsätzlich voreingenommene Kleinräumermißtrauen, das in jeder neuen Idee nur eine Finte, übers Ohr gehauen zu werden, mittelt. Es ist Unsinn leugnen zu wollen, daß es in neutralen sowohl wie feindlichen Ländern eine ganze Anzahl Idealisten gibt, die ehrlich an die Möglichkeit eines wahren und reinen Völkerbundes glauben. Warum sollten nicht ebenso ehrlich überzeugte Deutsche, womit ich natürlich nicht gerade alle diejenigen meine, die bei uns öffentlich für diese Idee eingetreten sind, mit jenen zusammen erörtern, wie ihre Idee, ihr Glaube verwirklicht werden kann. Es ist sogar höchste Zeit, daß das geschieht, wenn nicht die ganze Idee wieder unter den Trümmern Europas endgültig begraben werden soll.

Denn der Völkerbund, wie er jetzt ist, ist mit den Mängeln seines realpolitischen, sozusagen irdischen Ursprungs allzu schwer belastet, um auf die Dauer

lebenskräftig zu sein. Schon daß man ihn mit dem Versailler Vertrag, jenem Schanddenkmal grade jener politischen Ideologie, die er überwinden sollte, unauflöslich (wie jedenfalls die Franzosen versichern) zusammengekoppelt hat, war ein schwerer Fehler. Ein nicht minder schwerer sind Unklarheiten in der Gesamtkonzeption, die auch in Genf nicht haben beseitigt werden können. Es ist ohne weiteres selbstverständlich, daß sich der Völkerbund von einem beliebigen Staatenkongreß in wesentlicher Weise nur unterscheiden können wird, wenn sich die einzelnen Staaten entschließen können, einen Teil ihrer Souveränität zugunsten des Ganzen aufzugeben, so wie auch im Einzelstaate das Einzelindividuum einen Teil seiner Selbstherrlichkeit an die Gesamtheit abtreten muß. Die Beschlüsse des Völkerbundes, mindestens der Vollversammlung, müßten also bindend sein. Aber wie die Dinge liegen, besteht von seiten der Einzelstaaten gerade gegen diese Übersouveränität Mißtrauen und die Zurückhaltung und Widerstände, die sich nicht nur von seiten der Vereinigten Staaten, sondern auch z. B. Kanadas geltend gemacht haben, beweisen deutlich, daß das Bedürfnis nach Solidarität aller Völker noch keineswegs überall so heftig empfunden wird, wie hier und da in Europa. Und so sind denn auch in Genf die Delegierten der einzelnen Staaten nicht als unbeschränkt Bevollmächtigte, sondern nur zur mehr oder weniger verbindlichen Beschlussfassung entsandt worden, und gerade in den wichtigsten Punkten: Rüstungsbeschränkung, Rohstoffverteilung, Schiedsgericht, Verfassung des Bundes, Abänderungen des Paktes, Einschreiten in konkreten Fällen (Wilna, Oberschlesien, Armenien, Alandsinseln) sind bestimmte Entschlüsse überhaupt nicht zustande gekommen oder einiweißen in den Ausschüssen begraben worden. Anlässe genug für die Idealisten aller Länder, ihre Kräfte anzustrengen.

Was aber ist nun tatsächlich geschehen? Wenn der Völkerbund noch die ideale Organisation nicht ist, die man bestrebt, was ist er in Wirklichkeit? Ist er eine Formalität, eine Spiegelfechterei, eine politische Gruppierung, ein Bund von Deutschlands Feinden, oder was?

Keines von all diesen ausschließlich und von jedem etwas. Es wäre ein bedauerlicher Irrtum, wollte man im Völkerbunde nur eine der vielen, im wesentlichen zur Versorgung von durch Abichluß des Krieges beschäftigungslos gewordenen politischen Beamten gedachten bürokratischen Einrichtungen ohne jede reale Bedeutung sehen. Für Deutschland mindestens hat er zunächst die Bedeutung einer in wichtigen Angelegenheiten (Danzig, Saarbecken, Kolonien usw.) zuständigen Behörde, deren Existenz unter allen Umständen Rechnung zu tragen ist. Die Entscheidungen, die diese Behörde bisher getroffen hat, geben Deutschen allerdings durchaus Anlaß zu der Vermutung, daß der Völkerbund im wesentlichen ein Bund der früheren Feinde Deutschlands ist. Aber grade in Genf hat sich doch klar gezeigt, daß in dieser Form jedenfalls der Bund der Feinde Deutschlands nicht weiter bestehen kann. Die Widerstände, Vorbehalte und Vorschläge, die von Scandinaviern, Schweizern, Nord- und Südamerikanern ausgingen, beweisen deutlich, daß ein Bund der Völker, soll er überhaupt weiter bestehen, sich nicht mehr oder doch nicht ausschließlich mehr gegen Deutschland verwenden läßt, und zwar ganz abgesehen davon, ob Deutschland Mitglied des Bundes ist oder nicht. Es darf nicht übersehen werden, daß in dieser Tatsache ein ungeheurer Prestigeverlust für die Entente liegt. Die Graubnislosigkeit der Genfer Verhandlungen, die mit Recht auf das Verhalten der Großmächte zurückgeführt wird, hat bei allen Neutralen nach den durch die Entente-propaganda während des Weltkrieges überaus hochgespannten Erwartungen eine Enttäuschung ausgelöst, die zu einer Rehabilitierung des verleumdeten und geschächten Deutschland führen muß, als das die stärkste deutsche Eigenpropaganda nun könnte. Ein Völkerbund mit Spitze gegen Deutschland, einerlei ob Amerika Mitglied wird oder nicht, ist nicht mehr denkbar.

Weiterhin aber bedeutet der Verlauf der Genfer Verhandlungen unbedingt eine Niederlage Englands. Die Ansicht, daß England den Völkerbund zur Befestigung der im Weltkrieg errungenen Ergebnisse benutzen will und muß, ist

an dieser Stelle bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Verschiedene Male schon, zuletzt noch Ende Oktober hat Lloyd George den immer wieder am Widerstande namentlich der Franzosen gescheiterten Versuch gemacht, die Souveränität des Obersten Alliierten-Rates dem Völkerbund zu übertragen, das heißt, für England innerhalb des Völkerbundes die hervorragende und vor allem führende Stellung zu erringen, die es im Alliierten-Rat hat und Lloyd George selber war es, der zur Beunruhigung der Franzosen die Absicht geäußert hätte, an den letzten Verhandlungen der Genfer Tagung (als unbeauftragter Präses) persönlich teilzunehmen. Daß dies trotz Balfours Gegenätze versöhnlicher Geschicklichkeit nicht geschehen ist und nicht geschehen konnte, beweist, daß die Situation für England nicht reif war, daß auch für spezifisch englische Ziele der Völkerbund sich nicht verwenden läßt.

Aber, das wurde schon im vorigen Heft erörtert, es ist die Frage, ob man in Deutschland dies Ergebnis begrüßen soll. Kommt unter englischer Führung ein mindestens europäischer Völkerbund, der keine aggressive Spitze gegen Amerika zu haben brauchte, nur zur Abwehr gegen sonst mit Sicherheit drohende amerikanische Kolonisierung dienen könnte, nicht zustande, so ist die Entente England-Frankreich-Polen-Rumänien unvermeidlich, und ob Deutschland von Amerika irgendwelche reale Stütze erwarten könnte — Rußland ist, solange der augenblickliche Zustand im Innern fort dauert, ein wirtschaftspolitisch durchaus unberechenbarer Faktor — ist mindestens zweifelhaft. Man vergißt bei uns gar zu leicht, daß Deutschland für den Nordamerikaner keineswegs die Wichtigkeit hat, wie Nordamerika für uns.

Aus diesem Grunde darf die Möglichkeit eines Beitritts Deutschlands zum Völkerbund nicht so glatt abgewiesen werden, wie das bei uns heute vielfach von seiten Mißtrauischer, Verärgelter, Enttäuschter oder grundsätzlicher Skeptiker geschieht. Auf alle Fälle sollte man es sich angelegen sein lassen, in der Öffentlichkeit eine Disposition für den Eintritt, der ja mit allen Vorbehalten und mit offenen, durch pazifistischen Dusek nicht eingeschläfert Augen geschehen könnte, zu schaffen. Ein reiner Feindverband ist der Völkerbund wie gesagt nicht mehr. Tritt aber Deutschland ihm bei, so wird es innerhalb seiner seine begründeten und berechtigten Ansprüche viel wirksamer vertreten können als außerhalb. Daß diese Auffassung richtig ist, beweist, daß gerade auch Deutschlands schlimmste Feinde, französische Nationalisten, sie teilen und sich gerade deshalb gegen die „vorzeitige“ Aufnahme Deutschlands sträuben. Deutschland aber verfügt augenblicklich nicht über soviel Nachtmittel, als daß es eine derartige Chance, Einfluß auf die Weltpolitik zu gewinnen außer acht lassen könnte. Auch das Argument, es sei vor endgültiger Stellungnahme der Vereinigten Staaten eine Erklärung für oder wider die Beitrittsbereitschaft Deutschlands nicht opportun, ist hinfällig, denn eben hinter dies Argument verschanzen sich auch alle gegen England gerichteten Widerstände wiederum Frankreichs. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß wir das Beispiel Bulgariens oder Österreichs nachahmen und mehr oder weniger würdelos um unsere Aufnahme flehen sollten. Nichts würde törichter sein und die Erklärung des deutschen Außenministers, daß Deutschland sich nicht aufdrängt, ist durchaus zu billigen. Ein Aufnahmegeßuch Deutschlands darf nur als bloße Formalität und nur dann gestellt werden, wenn über die Aufnahme Deutschlands keinerlei Diskussion mehr entstehen kann. Aber bis dahin muß in der deutschen Öffentlichkeit eine entsprechende Disposition geschaffen sein, aus der heraus die politische (nicht die chiliastische) Bedeutung dieses Schrittes gewürdigt und verstanden werden kann. Durch bloßes bettelstolzes Beiseitestehen erreichen wir gar nichts.

Schon deshalb nicht, weil wir es unter allen Umständen vermeiden müßten, daß andre Länder die Völkerbundidee als ihr ausschließliches geistiges Eigentum monopolisieren, und daß diese Idee beispielsweise französische Prägung bekommt. Daß diese Gefahr besteht, beweisen nicht nur die Reden Vivianis in Genf, sondern die ganze Art, wie in Frankreich selbst die Völkerbundidee systematisch propagiert wird. Schon zu Beginn des Jahres veranstaltete der französische Völkerbundsverband in der Sorbonne eine Kundgebung, bei der nicht nur die Spitzen sämt-

licher Staatsbehörden und die bedeutendsten französischen Staatsmänner zugegen waren, sondern auch an auffallender Stelle Vertreter der Studenten und Knaben- und Mädchenschulen. Außerdem wurden auf Veranlassung des Unterrichtsministers alle Lehrer in ganz Frankreich aufgefordert, einige bei dieser Kundgebung abgegebenen offiziellen Erklärungen in der Schule vorzulesen und zu besprechen. In welchem Geiste dies geschehen sein wird, das lassen die bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden des Vorsitzenden Bourgeois und Poincarés erschließen. Poincaré sprach unter anderem von den Nationen, die „das Recht“ beleidigt hätten und von der unverkennbaren moralischen Kraft des Versailler Vertrages, aus der man in Frankreich und der Menschheit Interesse in loyaler Weise Vorteil ziehen müsse. Und Bourgeois äußerte, damit der Völkerbund funktionieren könne, muß er zunächst verhindern, daß die besiegten Nationen, die die Rechtmäßigkeit des französischen Sieges nicht anerkannten, den Frieden aufs neue stören könnten. „Deutschland, das selbst nur an die Macht glaubt, muß sich jetzt überzeugen, daß von nun an die Macht des Rechtes herrschen wird.“

Sollen wir solcher Propaganda tatlos zusehen? Da wir ihn von außen nicht zerschlagen können, müssen wir den Ring der Gegner sprengen, indem wir in ihn eintreten. Talentlos wäre es, zu warten bis er von selber zerspringt und einzelne Stücke, ungehemmt durch Neutrale und mehr oder weniger Wohlwollende, ihre Scharte gegen uns kehren.

Menenius.

## Deutschenspiegel

### Zusammensetzung des englischen und des deutschen Parlaments nach Berufsständen

	England	Deutschland
Grundbesitzer . . . . .	115	57
Industrie, Großhandel, Banken . . . . .	307	34
Gewerblicher und kaufmännischer Mittelstand . . . . .	—	31
Offiziere . . . . .	62	4
Ärzte . . . . .	10	4
Rechtsanwälte und Richter . . . . .	102	32
Beamte und Lehrpersonen . . . . .	—	81
Schriftsteller, Redakteure und freie Berufe . . . . .	—	82
Angestellte, Arbeiter, Gewerkschaftssekretäre . . . . .	65	91
ParteiSekretäre . . . . .	—	38
Ohne Beruf . . . . .	—	12

Diese nach den beiderseitigen Statistiken angefertigte Gegenüberstellung lehrt, daß sich England durch Leute regieren läßt, die vor allen Dingen etwas besitzen und gewöhnt sind, Besitz verantwortlich zu verwalten. Deutschland ist dagegen das Volk der Theorien, Ideale und Programme. Deutschland hat in seinem Parlament nur halb soviel Grundbesitzer, ein zehntel soviel Industrielle, ein fünfzehntel soviel Offiziere wie England, dafür haben wir mehr Angestellte, Arbeiter und Gewerkschaftssekretäre, drei Duzend ParteiSekretäre, an die hundert Schriftsteller, Redakteure und dergleichen, fast noch ein weiteres Hundert Beamte und Kathederpersonal aller Grade und Abzeichen. Ganz begreiflich! In England lebt ein Volk, das etwas hat. Es ist zweckmäßig, daß Geschäftsleute die Politik eines solchen Landes bestimmen. Deutschland, das nichts mehr hat, schiebt die Theoretiker an die Front! Hätten nicht die beiden Rechtsparteien je zwei Offiziere in den Reichstag gewählt, so würde sich der deutsche in seiner Volksvertretung vollkommen rein von jeder militärischen Erinnerung fühlen dürfen. England dagegen braucht zu seinem Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker 62 Offiziere im Parlament, ungefähr auf jeden irischen Abgeordneten einen